

Zukunftspapier Sachsen-Anhalt 2035

Kurzfassung

Die Mitglieder des Demografie-Beirats Sachsen-Anhalt 2016–2021

Markus Behrens (Geschäftsführer Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen) • Dr. Reinhard Grütz (Direktor der Katholischen Akademie des Bistums Magdeburg) • Jens Hennicke (Geschäftsführer Medizinischer Dienst Sachsen-Anhalt e.V.) • Dieter Klein • Prof. Dr. Winfried Kluth (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) • Martina Kolbe (Geschäftsführerin Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V.) • Berward Küper (Oberbürgermeister Stadt Naumburg) • Mamad Mohamad (Geschäftsführer Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt e.V.) • Prof. Dr. Peer Pasternack (Sprecher Expertenplattform Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt) • Klaus Roes (Geschäftsführer Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände LAGF) • Steffi Schikor (Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e.V.) • Dr. Annette Schneider-Reinhard (Geschäftsführerin Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e.V.) • Prof. Dr. Jutta Schnitzer-Ungefug (bis 2020 Generalsekretärin der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina) • Prof. Dr. Jürgen Wolf (Hochschule Magdeburg-Stendal)

Zusammenfassung

Was passiert, wenn nichts passiert? Wenn nicht entschieden gegengesteuert wird, ist die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt bis 2035 deutlich geschrumpft und im Durchschnitt wesentlich älter als heute. Insbesondere Familien sind dann in die urbanen Ballungsräume gezogen, weil gleichwertige Lebensverhältnisse und Teilhabemöglichkeiten im ländlichen Raum nicht gegeben sind. Ganze Dörfer wurden aufgegeben und die wenige verbliebene, meist ältere Bevölkerung sich selbst überlassen.

Dieses Szenario wird aber bis 2035 nicht eintreten, denn Sachsen-Anhalt ist dann familiengerecht, bildungsorientiert, wirtschaftlich erfolgreich, und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse hat hohe Priorität und ist handlungsleitend. Das große gemeinsame Ziel soll daher sein, die im Land Sachsen-Anhalt vorhandenen vielfältigen Ideen und Potenziale so zu mobilisieren, dass im Jahr 2035

- gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land anzutreffen sind,
- Sachsen-Anhalt wirtschaftlich erfolgreicher ist als heute und
- das „Rote-Laterne-Image“ nur noch in der Erinnerung besteht.

Innovation und Veränderung brauchen mutige und selbstkritische politisch Verantwortliche, die bereit sind, Ministerien und Verwaltung einem grundlegenden Organisationsumbau zu unterziehen, den die aktuellen Prozesse der Digitalisierung, des Klimawandels und des demografischen Übergangs ohnehin einfordern. Dann können unsere Kommunen durch heterogene Qualitäten für heterogene Zielgruppen punkten.

Aber dies kann nur gelingen, wenn wir uns zu mehr Autonomie bekennen und das Subsidiaritätsprinzip konsequent anwenden:

- *Autonomie*: Autonomie bedeutet vor allem, dass eine Ordnung der Belange nicht durch Außenstehende oktroyiert, sondern durch die Betroffenen selbst hergestellt wird. Dazu müssen lokale und regionale Handlungsspielräume deutlich ausgeweitet werden, Regionalbudgets können kreative Lösungen vor Ort ermöglichen.
- *Subsidiaritätsprinzip*: Subsidiarität bedeutet, dass Aufgaben, Handlungen und Problemlösungen so weit wie möglich von der untersten Ebene initiiert werden. Nur wo dies nicht möglich ist, greifen höhere Ebenen unterstützend ein. In Sachsen-Anhalt bedarf es dazu einer deutlichen Entbürokratisierung und Anpassung des Verwaltungshandelns.

Wenn Sachsen-Anhalt bereit ist, diesen beiden Grundprinzipien zu folgen, dann kann es gelingen, die im folgenden beschriebenen Herausforderungen zu meistern und die skizzierten Visionen zu einzelnen Handlungsfeldern zu verwirklichen. Die Frage, die man sich immer wieder vor Augen halten muss, ist: Vor welchen Problematiken würden wir 2035 stehen, wenn alles so weiterläuft wie bisher?

Dort, wo die zentrale Wahrnehmung der Daseinsvorsorge versagt, müssen wieder Rahmenbedingungen für eine regionale bis hin zur individuellen Wahrnehmung der Daseinsvorsorge geschaffen werden. Das betrifft

- die medizinische Versorgung
- die gesellschaftliche Teilhabe und intergenerationale Beziehungen
- die Aufwertung der Familien
- die Gestaltung von Migration und Integration
- die digitale Infrastruktur
- die Stärkung der Kommunen
- die Gestaltung von Wohnen und ÖPNV

und vor allem Bildung. Diese ist eine grundlegende Voraussetzung für dreierlei:

- für die gesellschaftliche Teilhabe der Einzelnen,
- für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und
- für die Aufrechterhaltung qualitativ hochwertiger Daseinsvorsorge.

Diese drei Punkte fließen darin zusammen, dass nur auf der Basis von Bildung und Qualifikation Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden können. Allein so wiederum kann die Wirtschaftskraft des Landes erhalten und gestärkt werden.

Vision 2035 im Überblick

Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Erfolg des deutschen Modells beruht auf regionaler, politischer und kultureller Vielfalt. Diese als Ressource zu nutzen, kann nur gelingen, wenn wir uns zu mehr Autonomie bekennen und das Subsidiaritätsprinzip konsequent anwenden. Wenn nicht entschieden gegengesteuert wird, wird sich der Schrumpfungs- und Alterungsprozess bis 2035 verstärken. Daher bedarf es der Entwicklung von

- Daseinsvorsorge, Infrastruktur und Teilhabe sowie
- Bildung in ihrem Zusammenhang mit Arbeit und Wirtschaftsentwicklung

Dann kann es gelingen, das, was wir hier vorschlagen, bis 2035 zu realisieren:

- Sachsen-Anhalt hat die Bedeutung von Familien als kleinster gesellschaftlicher Einheit und die Aufwertung der gesellschaftlichen Arbeit in den Kommunen und ihrer Nähe zum Bürger in den Fokus einer neuen Herangehensweise in Politik und Verwaltung gestellt.
- Neben den Großstädten Halle und Magdeburg sind auch die Dörfer, Klein- und Mittelstädte lebendige und familiengerechte Lebensorte. Auf Grund unterschiedlicher geografischer Bedingungen und historischer Gegebenheiten bietet jeder Ort im Vergleich zu anderen Alleinstellungsmerkmale. Damit sind sie in unterschiedlicher Weise für die verschiedenen Altersgruppen als Wohn- und Arbeitsort attraktiv. Austausch und Hilfen zwischen den einzelnen Ortschaften sind durch verschiedene Netzwerke auf den unterschiedlichsten Ebenen gegeben.
- Die Nähe zu Berlin und Leipzig, wo Flächen teuer und knapp werden, konnte als Lagegunst genutzt werden. Wichtige Treiber waren dabei die im Verhältnis zur Bevölkerungszahl hervorragende wissenschaftliche Ausstattung, die flächendeckende Digitalisierung, die Verankerung einer allgemeinen Bildungsorientierung in Bevölkerung und Verwaltungen, die Ertüchtigung und Befreiung der (Kommunal-)Verwaltungen von Bürokratisierung sowie eine Entschlackung der Fördermittelverwaltung.
- Bildung wurde aus der Wahrnehmung eines ‚weichen‘ Faktors der Landesentwicklung befreit. Die allgemeine Bildungsorientierung ist etabliert als grundlegende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe der Einzelnen, für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und für die Aufrechterhaltung qualitativ hochwertiger Daseinsvorsorge. Auf der Basis von Bildung und Qualifikation sind Arbeitsplätze geschaffen und erhalten worden. So konnte die Wirtschaftskraft des Landes erhalten und gestärkt werden.
- Ein Teil der demografischen Probleme konnte durch erfolgreiche Integration von Zuwanderern gelöst werden. Sachsen-Anhalt ist ein Land, in dem Menschen unterschiedlicher Herkunft, kultureller Prägung und religiöser Zugehörigkeit gut und gerne leben.
- Die Daseinsvorsorge ist weiterhin prominente Aufgabe der verschiedenen staatlichen Ebenen. Da angesichts der demografischen Entwicklung die zentrale Steuerung der Aufgaben aber an ihre Grenzen stieß, sind Rahmenbedingungen für eine regionale bis hin zur individuellen Wahrnehmung der Daseinsvorsorge geschaffen worden. Ideen werden entwickelt durch hohe Bürgerbeteiligungsprozesse, die von einer bürgernahen Verwaltung begleitet werden. Dabei werden alle Bevölkerungsgruppen in den Blick genommen und die Teilhabe auf deren Möglichkeiten abgestimmt. Entscheidungen höherer Gremien werden gegenüber regionalen Gremien begründet.

Die Maßnahmen in Stichworten:

Handlungsfelder	Handlungsbereiche	Situation 2035
Daseinsvorsorge, Infrastruktur und Teilhabe		
Gesellschaftliche Teilhabe und intergenerative Beziehungen	Bürgerbeteiligung	<ul style="list-style-type: none"> regionale und lokale Finanzbudgets in Eigenverantwortung und -verwaltung incl. Bürgerbeteiligung zahlreiche örtliche Genossenschaften Bedarfserkundungen unter Bürgerbeteiligung Einsatz von Bürgerbeteiligungskordinatoren angebaute bürokratischer Hürden ressortübergreifende Förderungen Anerkennung bürgerschaftlicher Leistungen als unbare Leistungen bei Fördermittelanträgen Entschlackung der Fördermittelverwaltung regionale Austauschplattformen zu Mobilität, ökologischem Bauen, Mehrgenerationenmodelle, Versorgungs- und Dienstleistungsangebote, Gesundheitsvorsorge
	Zusammenhalt	<ul style="list-style-type: none"> breite Mitarbeit in den Vereinen Pflege der Kulturlandschaften und des kulturellen Erbes Entwicklung von Energie-Autarkie über Genossenschaften Eröffnung und Erhalt von genossenschaftlich geführten Dorfläden Landtourismus regelmäßige dörfliche Gemeinschaftsveranstaltungen würdevolles Altern in örtlicher Gemeinschaft
	intergenerative Beziehungen	<ul style="list-style-type: none"> Mehrgenerationenhäuser Großeltdienste kollektive Treffpunkte: Gemeinderäume, Kultur- oder Gesellschaftshäuser
Aufgewertete Familien	Familien und Zeit	<ul style="list-style-type: none"> vereinbarkeitsfokussierte Betreuungszeiten und Randbetreuungszeiten in Kitas, Horten und (Tages-)Pflegeeinrichtungen incl. Kostenbeteiligung der Arbeitgeber wohnort- oder arbeitsplatznahe Kindertageseinrichtungen und Schulen Souveränität in Arbeitszeit und Arbeitsort: flexible Teilzeitmodelle und Tele-Arbeit pflegeunterstützende Modelle etabliert Flächendeckend Familienbüros öffentliche Infrastruktur auf Vereinbarkeit ausgerichtet E-Gouvernementstrukturen: durchschaubar und nutzerorientiert
	Familien und Geld	<ul style="list-style-type: none"> gesellschaftliche Teilhabe mit jedem Familienbudget möglich Kinderbetreuung und Pflegezeiten sind anerkannt und ohne Einkommens-/Renteneinbußen möglich Kinderbetreuung ist kostenfrei Kinder sind kein Armutsrisiko
	Familien und Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> digitale Infrastruktur überall zugänglich Zugang zu präventiven und gesundheitsvorsorgerischen Angeboten gewährleistet lokale Begegnungsstätten werden multifunktional eingesetzt: Treffpunktfunktion, Bildungsangebote, Beratungen und medizinische Betreuung Mobilitätsangebote auf die Bedarfe aller Generationen ausgerichtet und finanzierbar
Gestärkte Kommunen	Administration	<ul style="list-style-type: none"> Abbau der kommunalen Altverschuldung Flexibilisierung von Standards und Abbau von Pflichtaufgaben Stärkung der Gestaltungsrechte der Ortschaften Verbesserung der Beratung und des Informationsaustauschs zwischen den Kommunen öffentliche Sicherheit und Ordnung sind gewährleistet genügendes Personal zur Sicherung des staatlichen Gewaltmonopols
	Nutzung der Rechtsform der Genossenschaft zur Bürgerpartizipation	<ul style="list-style-type: none"> Übernahme der Gründungskosten für Bürger- oder Infrastrukturgenossenschaften durch das Land leicht erreichbare Gründungsberatung etabliert Förderrichtlinien vereinheitlicht und flexibler gestaltet

Handlungsfelder	Handlungsbereiche	Situation 2035
	kommunales und zivilgesellschaftliches Engagement	<ul style="list-style-type: none"> flexible und hinreichend finanzierte organisatorische Rahmenbedingen „Soziale Dorfentwicklung“ ist Teil der Förderrichtlinie zur Dorferneuerung Förderprogramm für die Gründung und Begleitung von Genossenschaften zur Sicherung der Daseinsvorsorge, für Zusammenwachsen der örtlichen Gemeinschaften und Bewusstsein für lokale Demokratie etabliert Sachsen-Anhalt ist Experimentierfeld für Innovationen für die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes ein: Experimentierklausel mit Flexibilisierung bundesgesetzlicher Vorgaben neben den Großstädten Halle und Magdeburg sind auch die Dörfer, Klein- und Mittelstädte lebendige und familiengerechte Lebensorte jeder Ort bietet im Vergleich zu anderen Alleinstellungsmerkmale: Attraktivität für die verschiedenen Altersgruppen Austausch und Hilfen zwischen den einzelnen Ortschaften durch verschiedene Netzwerke neue Ideen werden durch hohe Bürgerbeteiligungsprozesse entwickelt, begleitet von bürgernahe Verwaltung Entscheidungen höherer Gremien werden gegenüber regionalen Gremien begründet
Medizinische Versorgung		<ul style="list-style-type: none"> Krankenhäuser, Präventions- und Rehabilitationszentren nach wie vor an zentralen Orten optimales Entlassmanagement der Krankenhäuser mit Integration von Pflege und Rehabilitation ambulante Versorgung in ländlichen Räumen ist stabilisiert: Landärztin/Landarzt, Gemeindegeschwester/Gemeindepfleger, Kooperationen zwischen allen Gesundheitsberufen und -diensten digitale Möglichkeiten werden ausgeschöpft Pflege zuhause ist problemlos möglich, da auch Pflegeleistungen durch Familienangehörige oder Nachbarn angemessen vergütet werden
Migration und Integration		<ul style="list-style-type: none"> Hemmnisse sind auf allen Ebenen abgebaut Migrantenorganisationen sind anerkannte Ansprechpartner der Politik und Administration. es besteht ein differenziertes Bild über Belange der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund handlungsleitend ist das Konzept der Transkulturalität Grenzen zwischen den unterschiedlichen Kulturen sind durchlässiger geworden
Digitalisierung und Energie- und Wasserversorgung	Digitalisierung	<ul style="list-style-type: none"> Breitbandversorgung ist flächendeckend, da als staatliche Aufgabe der Daseinsvorsorge begriffen Unternehmern fällt es leicht, sich für den ländlichen Raum zu entscheiden flexible Arbeitszeitmodelle und die Chance zu ortsunabhängigem Arbeiten sind gegeben
	Energie- und Wasserversorgung	<ul style="list-style-type: none"> kommunaler Einfluss ist mindestens gleichgeblieben, z.T. durch Rekommunalisierungen gewachsen Versorgungssicherheit wird wesentlich über regionale und lokale Verteilnetze gewährleistet Privathaushalte haben die Möglichkeit, sich selbst weitgehend autark mit Energie zu versorgen Wasserversorgung ist über kommunale Versorger dezentral gesichert Entsorgung und Kreislaufwirtschaft durch dezentrale und regionale Versorgungswirtschaft positiv beeinflusst
Wohnen und ÖPNV	Wohnen	<ul style="list-style-type: none"> dank gezielter Strukturförderung wohnortnahe Arbeiten weitgehend möglich Tele-Arbeit ist möglich kaum jemanden ist gezwungen, in die Zentren zu ziehen aufgrund des verminderten Zuzug-Drucks auch in den Zentren bezahlbarer Wohnraum

Handlungsfelder	Handlungsbereiche	Situation 2035
	Verkehrsverbindungen	<ul style="list-style-type: none"> • gut ausgebautes Netz von Schienenfern- und nahverkehr und Bus besteht nach wie vor • Bündelung der Tarifsysteme • Selbsthilfe – z.B. dörfliche Mitfahrzentrale, Hol- und Bringendienste – ist eingeführt und selbstverständlicher Bestandteil der Lebenskultur • Rufbusse und lokale Mitfahrgelegenheiten gewährleisten Mobilität für ältere wie auch jüngere Menschen • ländliche Wegesystem: so ausgebaut, dass auch mit dem Fahrrad zentrale Orte gut erreichbar sind
Bildung – Arbeit – Wirtschaft		
Die Wirkungskette		<ul style="list-style-type: none"> • Fachkräftebedarf ist gesichert durch arbeitskräftebezogene Investitionen in den Strukturwandel • Braunkohleausstieg und Bundesmittel haben zukunftsträchtige Branchen und Industrien ermöglicht • E-Mobilität-Investitionen haben Personalabbau der Automobilindustrie bei den Auspendlern kompensiert • mehr Beschäftigung vor Ort durch Co-Working-Spaces, flexible Arbeitszeiten, Tele-Arbeit und Freelancing • gute Bedingungen für Inklusion sind überall geschaffen • qualitativ hochwertige Bildungsangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene stehen auf Grundlage integrierter Sozialplanung zur Verfügung • kein Schulabgänger geht an der ersten Schwelle ins Berufsleben verloren • Berufsorientierungskonzept verringert Ausbildungsabbrüche weitgehend • ein Großteil der Auspendler und Weggezogenen ist durch gute Löhne und attraktive Arbeitsbedingungen zurückgekehrt • Frauen-Erwerbsquote ist durch ein nachhaltiges Familienkonzept dauerhaft hoch • Erwerbsquote von älteren Arbeitnehmern ist bei Über-60-Jährigen durch attraktive Arbeitszeit- und Vergütungsmodelle relevant • Menschen mit Qualifizierungsbedarf haben beruflichen Abschluss oder arbeitsmarktrelevante Teilqualifizierungen erlangt • durch Fachkräfteeinwanderungsgesetz, gestiegene Löhne, attraktive Arbeitsbedingungen und Willkommenskultur liegt der Anteil ausländischer Arbeitskräfte auf Bundesniveau
Verwirklichung von Bildungschancen	Frühkindliche Bildung	<ul style="list-style-type: none"> • verbindliche Fördermaßnahmen für Kinder aus sozial benachteiligten Familien • Besuch frühpädagogischer Einrichtungen von hoher Qualität in kleinen Gruppen und Ganztagsbetreuung ist ein Markenzeichen • Familien- und arbeitnehmerfreundliche Öffnungszeiten sind gewährleistet, Betreuungsangebote vorschulischer Einrichtungen landesweit gegeben. • verpflichtendes, kostenloses Kindergartenjahr für alle Vorschulkinder ist etabliert • verpflichtende Programme zum Erwerb von Sprachkompetenz der Kinder sind eingerichtet
	Schulische Bildung	<ul style="list-style-type: none"> • ausreichend fachlich geeignetes Lehrpersonal und Referendarstellen vorhanden • kontinuierlicher Unterricht ist gewährleistet • Lehrpersonal hat attraktive Arbeitsbedingungen • inklusive schulische Angebote durchgehend durch speziell geschultes Lehrpersonal ergänzt und unterstützt. • hochbegabte Schülerinnen und Schüler erhalten Möglichkeiten spezieller Förderungen • MINT-Bildung ist bereits in den Grundschulen gestärkt • digitale Infrastruktur in Schulen ist sichergestellt, digitale Kompetenz der Schülerinnen und Schüler ein selbstverständliches Bildungsziel • Ausbau von Gesamtschulen ist deutlich vorangeschritten • Schullaufbahntrennung erst nach der 8. Klasse • die Bildungsberatung und -information für Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern ist ausgebaut • Wert, Wichtigkeit und Perspektiven von Ausbildungsberufen werden vermittelt, u.a. durch schulbegleitende Praktika in Unternehmen

Handlungsfelder	Handlungsbereiche	Situation 2035
	Berufliche Bildung	<ul style="list-style-type: none"> • es gibt innovative Programme, um auch Kindern ohne Schulabschluss Perspektiven zu vermitteln • Jugendliche ohne Ausbildungsplatz erhalten die Möglichkeit eines einjährigen Berufsfachschulbesuchs als anrechenbares erstes Ausbildungsjahr • auf Branchenebene besteht ein Umlagesystem der Ausbildungskosten: Alle Unternehmen zahlen in einen gemeinsamen Fonds ein. Davon profitieren auch nichtausbildende kleinere Betriebe • berufliche Orientierung auch an Gymnasien hat bedeutsamen Stellenwert • Hochschulen für Angewandte Wissenschaften bieten ihre Studiengänge regelhaft auch im Modus des dualen Studiums an
	Hochschulbildung	<ul style="list-style-type: none"> • die Hochschulen verfügen anhaltend über ein breites und exzellentes Studienangebot • durch individuelle Anreize und Vereinbarungen mit ländlichen Regionen gibt es genügend Haus- und Fachärzte/-ärztinnen • die Ausbildungsquote von Lehrerinnen und Lehrern ist für alle Schultypen optimal erreicht • Verflechtung zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Technologie- und Gründerzentren bietet Absolventinnen und Absolventen beste Möglichkeiten für den Start ins Berufsleben • vermehrte Einrichtung berufsbegleitender Studiengänge • wirtschaftliche Potenziale wissenschaftlicher Erkenntnisse erhöhen die Ansiedlungsbereitschaft innovativer Unternehmen
	Lebenslanges Lernen	<ul style="list-style-type: none"> • bundesweiter Spitzenplatz bei Nachfrage und Wahrnehmung von Weiterbildungsangeboten • Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen investieren überproportional in betriebliche Bildung ihrer Mitarbeitenden, vor allem auch der Über-55-Jährigen • je nach Bildungsangebot, Motivation und Gesundheitszustand sind Ältere bereit, länger im Berufsleben zu verbleiben • Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen investieren überproportional in die Gesundheitsvorsorge der Über-55-Jährigen • Sachsen-Anhalt unterstützt dies durch eine Gesamtstrategie incl. Bildungsprämien, steuerlichen Entlastungen und Bildungsurlaub • Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen setzen ältere Mitarbeitende gern in gemischten Teams ein

Die hier vorgelegte Vision überschneidet sich in vielen Punkten durchaus mit den Programmen politischer Parteien im Land. Einige der Vorschläge sind dann an politische Programmatiken anschlussfähig, wenn eine veränderte Perspektive auf die Landesentwicklung eingenommen wird. Viele der angesprochenen Notwendigkeiten bedürfen keiner zusätzlichen Finanzmittel, sondern veränderter Regularien und Abläufe. Andere Punkte erfordern zwar zunächst den Einsatz von Mitteln, reduzieren dann jedoch Folgekosten, die im Falle von Nichthandeln anfallen würden.

Im Demografie-Beirat sind verschiedenste Akteure vertreten. Dass diese sich auf dieses Papier einvernehmlich verständigen konnten, sollte als Zeichen gewertet werden: Es sind Konsense möglich, die sowohl Einzelinteressen bündeln als auch das Gesamtinteresse in den Vordergrund rücken. Die Mitglieder des Demografie-Beirats 2016–2021 mit ihrem Netzwerk in der Demografie-Allianz Sachsen-Anhalt sind bereit, am Entwerfen sektoren- und problemspezifischer Handlungskonzepte mitzuwirken.